

CDU/SPD: Außerdem bleibt es bei der Reduzierung des Förderprogramm Altbausanierung.

Wir wollen, dass auch nach Februar noch Mittel zur Verfügung stehen

CDU/SPD: Im Gegenzug werden Umweltaktivisten abgestraft. Z.B. wird dem „Emshof“, dem „Umweltforum“ und der Energieberatung der Verbraucherzentrale der Zuschuss gekürzt.

Wir halten das für das falsche Signal!

KULTUR

CDU/SPD: Der Anspruch „Europäische Kulturhauptstadt“ zu werden, gewinnt eine eigene schwarz-rote Dimension. Das „Deutsch-Russische Filmfestival“ oder die europäische Kooperation eines Open-Air-Sommerfestivals wie „Flurstücke“ werden begraben.

Dafür erhalten jetzt Jungschützen-Treffen, Schützenvereine und Jagdhornbläser eine Kulturförderung!

GRÜNE meinen dazu: es fehlt nur noch die Vorschrift für Verwaltungsmitarbeiter, Lodenmäntel zu tragen!

SPD/CDU streichen die wenigen freien Mitte der „Villa ten Hompel“ zusammen.

Wir wissen, dass das teuer wird für die Stadt, fehlen doch der Einrichtung nun die Eigenmittel, um Projektmittel zu akquirieren.

CDU/SPD: Beim Stadtarchiv werden die Mittel für die geschichtspädagogische Arbeit massiv reduziert.

Wir sind dagegen!

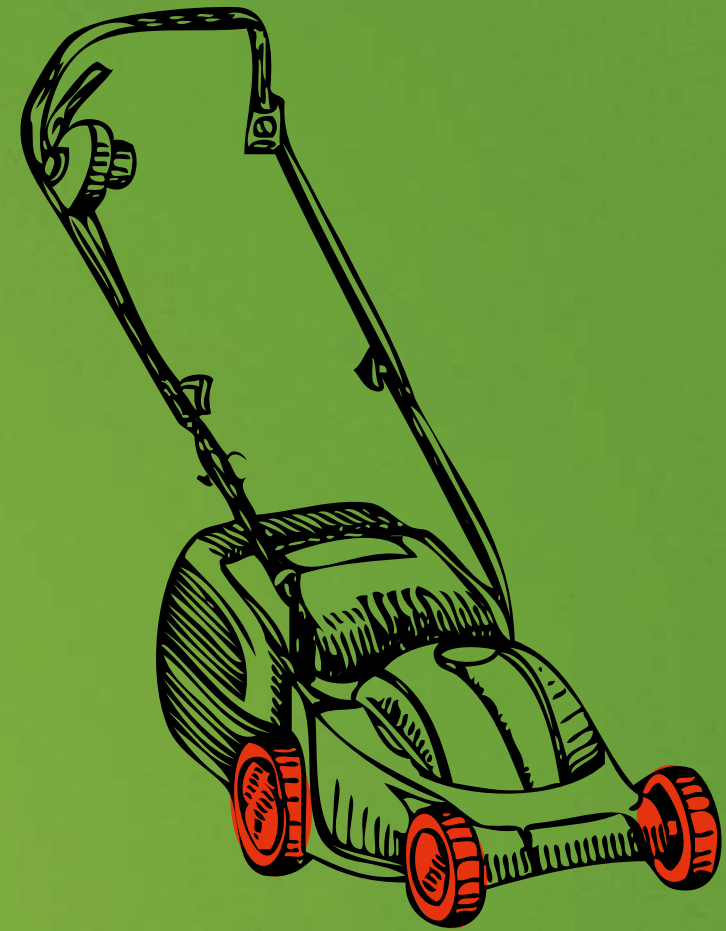
FINANZPOLITIK

CDU/SPD: Anders als vom Kämmerer vorgeschlagen wird die Grundsteuer B nur um 20 statt um 60 Punkte erhöht. Das schont die Portemonnaies der Immobilienbesitzer und sorgt für eine 4,4 Mio. EUR - Lücke im städtischen Haushalt.

Wir halten eine Erhöhung auf Landesdurchschnitt für vertretbar, weil die Grundsteuer B eine ansatzweise sozial-ausgewogene Streuwirkung hat. Lieber so das Geld der BürgerInnen einsammeln als über flächendeckende Gebührenanhebungen, die vor Allem kinderreiche Familien treffen.

CDU/SPD: Um die großzügige Entschuldung der Adelsfamilie derer zu Hülshoff finanzieren zu können (1.200.000 € für den Ankauf von Schloss Hülshoff in Havixbeck zusammen mit dem LWL) muss die bigotte „Tanzsteuer“ beibehalten werden.

GRÜNE haben deren auch vom Land NRW empfohlene Abschaffung beantragt.



V.i.S.d.P.: Bündnis 90/Die Grünen / GAL, Anna Paul, Windthorststr. 7, 48143 Münster // Papier: 100% Recyclingpapier

OPERATION RASENMÄHER DER SCHWARZ-ROTE HAUSHALT



Liebe Leserin, lieber Leser,

auch dieses Jahr haben sich Münsters Sozialdemokraten gegen den Haushalt des „Sixpack“ (sogenannt nach den 6 mitwirkenden Parteien; Grüne, Linke, UWG, ÖDP, Piraten) entschieden und für schwarz-rot. CDU und SPD sind dabei mit dem Rasenmäher durch die trostlosen Sparlisten der Verwaltung gegangen und haben mit perfider Gerechtigkeits-Logik nach dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist!“ (H.Wigger/SPD) überall ein paar Euro rausgequetscht. Es stimmt, diese Methode produziert sogar reichlich Mist: Weil sie viele kleine Träger, Initiativen und Vereine trifft, denen eine Kürzung um 5000 EUR richtig weh tut – die aber bei einem Defizit von über 53 Mio. EUR der Stadt nicht helfen. Angesichts berechtigter Proteste der Stadtgesellschaft flüchtete sich die schwarz-rote Koalition bereits in die Umwandlung von Rotstiftbeschlüssen in Prüfaufträge oder Teilbeträge. Der Flurschaden wird erheblich bleiben und: Die nächste Sparrunde kommt nächstes Jahr! Grüne dagegen verstehen „Konsolidierung“ als strukturelle Lösungsaufgabe, nicht als stumpfes Einsammeln von Kleinbeträgen. Der Entwurf einer Stadt Münster, die sich aus der Schuldenfalle gearbeitet hat, soll nicht Tristesse verbreiten, sondern Zukunftszuversicht. Wir wollen daher durch vertretbare Erhöhung der kommunalen Einnahmen (zugegeben zu Lasten der BürgerInnen – wie sonst?) und deutliche Reduzierung der Ausgaben (vor Allem durch Verwaltungsmodernisierung) schon bis 2016 raus aus den roten Zahlen.

Für unseren Konsolidierungskurs gelten drei Prinzipien:

1. Menschen in Not verdienen nicht weniger Solidarität. Kürzungen bei Frauenhäusern und den Standards für SGB II-XII wollen wir nicht.
2. Wir sind davon überzeugt, dass eine Stadt, in der die BürgerInnen selbst sich möglichst vielfältig engagieren können, mehr Lebensqualität besitzt und letztlich

kostengünstiger funktioniert. Deshalb wollten wir freie Träger, Vereine und Initiativen wenn möglich verschonen.

3. Der nachhaltige Modernisierungsprozess für Münster muss weitergehen, denn Investitionen in den Bildungsbereich und in den Klimaschutz helfen schon mittelfristig, Kosten von Armut und Umweltschäden zu vermeiden.

Wir hatten mit der SPD bereits diese bessere Alternative ausgehandelt bevor sich die Sozialdemokraten in letzter Minute für den Rasenmäher entschieden. Wir dokumentieren hier in Auszügen, an welchen Stellen die SPD mit der CDU nun kopflos Kahlschlag betreibt:

SOZIALPOLITIK

CDU/SPD frieren das Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen ein.

GRÜNE wollten das Programm aufstocken.

CDU/SPD kürzen die von der Verwaltung geforderten Stellen zur präventiven Vermeidung von Armut im Alter um 50%.

GRÜNE tragen das Programm voll mit.

CDU/SPD kürzen die Zuschüsse z.B. beim Sozialbüro des CUBA oder für die Migrationsarbeit der GGUA.

Wir lehnen das ab!

Schwarz-Rot beschließen eine Reduzierung der Stellen für Pflege- und Wohnberatung auf 0,75 Stellen.

Wir halten das wegen des demographischen Wandels für falsch.

CDU/SPD: Die Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände für

Beratungsdienste für arbeitssuchende Menschen mit Migrationsvorgeschichte werden gekürzt.

Wir wehren uns dagegen.

FAMILIENPOLITIK UND BILDUNG

CDU/SPD: Die Förderung von Lernhilfen für junge Menschen mit Lese-Rechtschreibschwäche oder Dyskalkulie wird drastisch zusammengestrichen.

GRÜNE halten hier einen Ausbau der Lernwerkstätten für angebracht.

Eine dringliche Aufstockung der Koordinierungsstellen im Offenen Ganztage lehnt **Schwarz-Rot** ab.

Wir wollten hier vorsichtig ausbauen.

CDU/SPD finanzieren trotz Alarmsignale der Schulleitung die halbe Schulsozialarbeiter-stelle an der Gesamtschule nicht weiter.

GRÜNE halten das für ein Armutszeugnis.

CDU/SPD wollen die Zuschüsse an den „Verein für Mototherapie und psychosomatische Entwicklungsförderung“, an die Deutschen Multiple Sklerose-Gesellschaft“ so wie an das „Tumornetzwerk“ wegfallen lassen.

GRÜNE selbstredend nicht!

UMWELTPOLITIK

Schwarz-Rot ignorieren das im Rat beschlossene „Klimaschutzkonzept 2020“ vollständig.

Wir schlagen hingegen ein „Interacting-Programm“ für die Stadtverwaltung vor, um Energieverbrauch und Kosten zu sparen.